

# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Einzelragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906. — Vom Arbeitsvertrag. — Korrespondenzen (Berlin II, Berlin I und II, Straßburg). — Rundschau. — Anzeigen.  
**Beilage:** Meine Agitationstour. — In eigener Sache. — Korrespondenzen (Berlin I, Berlin III, Bremen, Dresden, Essen a. Ruhr, Hamburg, Kaufbeuren). — Rundschau. — Literatur. — Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen für das I. Quartal 1907.

### Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906. (Schluß.)

Die im Jahre 1906 erteilten Auskünfte betrafen Arbeiterversicherung in 114 920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60 497 Fällen, Bürgerliches Recht in 112 426 Fällen, Strafrecht in 30 067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10 064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42 234 Fällen, Gewerbewesen und Privatversicherung in 5511 Fällen, Sonstiges in 6542 Fällen. Prozentual verteilen sich die Fälle der Auskunfterteilung folgendermaßen: Arbeiterversicherung 30,1 Prozent, Bürgerliches Recht 29,4 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag 15,8 Prozent, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 11,0 Prozent, Strafrecht

7,9 Prozent, Arbeiterbewegung 2,6 Prozent, Gewerbewesen und Privatversicherung 1,4 Prozent und Sonstiges 1,8 Prozent. Das Gebiet der Arbeiterversicherung steht also wieder prozentual an erster Stelle, ihm folgt erst an zweiter Stelle das umfangreiche Gebiet des Bürgerlichen Rechts. Von dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung ist es wiederum die Unfallversicherung, die die Arbeitersekretariate am meisten beschäftigt. Von den 114 902 Auskünften in bezug auf Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 70 183, Krankenversicherung 20 361, Knappschaftsweisen 3470, Invalidenversicherung 20 906. Auf die Unfallversicherung entfallen also 61,1 Prozent der Auskünfte in bezug auf Arbeiterversicherung. Von den während der Jahre 1901 bis 1906 in bezug auf Arbeiterversicherung erteilten 440 003 Auskünften kommen auf Unfallversicherung 260 025 = 59,1 Prozent, Invalidenversicherung 83 419 = 19,0 Prozent, Krankenversicherung 82 567 = 18,8 Prozent, und Knappschaftsweisen 11 724 = 2,7 Prozent. Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, daß sich das Verhältnis immer mehr zu Ungunsten der Unfallversicherung verschiebt. Während der Prozentsatz in der Gruppe Unfallversicherung sich in aufsteigender Linie bewegt, sehen wir bei Krankenversicherung und Invalidenversicherung den Prozentsatz geringer werden.

Das Resultat der von den Sekretariaten vertretenen oder bearbeiteten Klagesachen wurde denselben in 8871 Fällen bekannt, von denen 4831 erfolgreich, 1203 teilweise erfolgreich und 2837 erfolglos waren. Von den mit vollem oder teilweisem Erfolge vertretenen 6034 Fällen betrafen die Unfallversicherung 2589, die Krankenversicherung und das Knappschaftsweisen 532, die Invalidenversicherung 333, Arbeits- und Dienstvertrag 1097, Gewerbeaufsicht 147. Der größte Erfolg wurde also bei der Unfallversicherung erzielt, denn von sämtlichen mit Erfolg vertretenen Klagesachen bezogen sich 42,9 Prozent auf die Unfallversicherung. Kranken- und Invalidenversicherung und Knappschaftsweisen sind zusammen mit nur 14,3 pCt., Arbeits- und Dienstvertrag und Gewerbeaufsicht zusammen mit nur 20,6 Prozent beteiligt.

Ueber die Massenverhältnisse der Arbeitersekretariate im Jahre 1906 liegen Angaben von 68 Sekretariaten vor.

Aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften betragen die Einnahmen 248 319 Mk., Zuschüsse der Gewerkschaften oder der Kartelle wurden im Betrage von 56 950 Mk. geleistet. Aus der Kasse der Generalkommission kamen 13 132 Mk., aus Parteiorganisationen, Reaktionen und Genossenschaften insgesamt 16 089 Mk. Die Zuschüsse aus Staats- oder Kommunalstellen betragen 5330 Mk. Einschließlich 16 457 Mk. sonstiger Einnahmen betrug die Gesamteinnahme der 68 Sekretariate 356 277 Mk. Vorausgab wurden an Gehältern und persönlichen Entschädigungen 179 600 Mk., Bureaukosten 22 166 Mk., Reinigung, Heizung und Beleuchtung 11 425 Mk., Bücher und Drucksachen 31 781 Mk., sonstige Ausgaben 37 553 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 282 525 Mk. Die im Jahre 1906 für Arbeitersekretariate insgesamt aufgewendete Summe ist natürlich weit höher. Da von 15 Sekretariaten, darunter sich solche mit mehreren Angestellten befinden, wie Berlin, Hannover, Magdeburg, München, keine Angaben vorliegen, so ist das Bild, das wir über die Massenverhältnisse der Sekretariate zu entwerfen vermögen, sehr unvollständig.

Ueber die von den Gewerkschaftskartellen unterhaltenen Auskunftstellen lagen für das Jahr 1906 aus 111 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Auskunftstellen wurden insgesamt 20 572 Auskünfte erteilt. 1906 berichteten 116 Gewerkschaftskartelle über die Tätigkeit ihrer Auskunftstellen, von denen 102 insgesamt 22 167 Auskünfte erteilten. Der Nachweis der Tätigkeit unserer Auskunftstellen ist eine beachtenswerte Ergänzung der Statistik über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate, was aus folgender Zusammenstellung sich ergibt:

Im Jahre 1906 wurden Auskünfte erteilt

Jahr	Erteilte Auskünfte in bezug auf Arbeiterversicherung	Unfallversicherung		Krankenversicherung		Knappschaftsweisen		Invalidenversicher.					
		in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte	in Sekretariaten	Erteilte Auskünfte				
										Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
1901	46 938	28	27 526	58,7	28	9 648	20,5	—	—	28	9 764	20,8	
1902	57 586	32	33 416	58,0	32	10 377	18,0	2	1 246	2,2	32	11 683	20,3
1903	59 786	36	35 495	59,3	36	11 033	18,5	4	1 441	2,4	36	11 817	19,8
1904	71 487	47	40 741	57,0	46	14 278	20,0	5	2 316	3,2	47	12 743	17,8
1905	89 286	67	52 664	59,0	65	16 870	18,9	20	3 251	3,6	67	16 501	18,5
1906	114 920	83	70 183	61,1	83	20 361	17,7	39	3 470	3,1	83	20 906	18,1
<b>Sa.</b>	<b>440 003</b>	<b>—</b>	<b>260 025</b>	<b>59,1</b>	<b>—</b>	<b>82 567</b>	<b>18,8</b>	<b>—</b>	<b>11 724</b>	<b>2,7</b>	<b>—</b>	<b>83 419</b>	<b>19,0</b>

<sup>1</sup> Einschl. Knappschaftsweisen. <sup>2</sup> Für 864 sind keine Spezialangaben gemacht. <sup>3</sup> Für 1404 sind keine Spezialangaben gemacht.

Deutlicher noch als in vorstehender Tabelle ist die zunehmende Belastung der Arbeitersekretariate mit Unfallsachen und die verminderte Belastung mit Krankenkassensachen in der folgenden Tabelle zu erkennen. Von den 1 493 556 insgesamt während der letzten sechs Jahre erteilten Auskünfte entfallen im Durchschnitt 17,4 Prozent auf Unfall- und 5,6 Prozent auf Krankenversicherung. Während nun der Prozentsatz bei Unfallversicherung im Jahre 1901 nur 15,8 beträgt, also wesentlich hinter dem Durchschnitt zurückbleibt, ist derselbe 1906 auf 18,3 gestiegen, hat also den Durchschnitt nicht unwesentlich überschritten, und bei der Krankenversicherung ist der Prozentsatz unter den Durchschnitt heruntergegangen.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß infolge des steigenden Einflusses der organisierten Arbeiterkraft auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen eine gerechtere und humanere Handhabung des Krankenversicherungsgeleges und der Kassentatuten sich bemerkbar macht, und so immer weniger Anlaß zu Klagen gegeben wird, daß ferner auch durch die Aufklärung in den Gewerkschaften die Arbeiter mit den Bestimmungen der Versicherungsgelege vertrauter werden und in die Lage kommen, ihre Rechte ohne Zusilfe-

nahme eines Arbeitersekretariats zu wahren. Was aber die gesteigerte Inanspruchnahme der Sekretariate mit Unfallsachen betrifft, so liegt die Sache hier gerade umgekehrt. Einesteils scheint das Prinzip der Rentenquetschen immer krasser zutage zu treten, während die Arbeiter, das Unrecht immer mehr erkennend, mit Hilfe der Arbeitersekretariate ihre Rechte geltend zu machen suchen. Und gerade hierbei zeigt es sich, wie unentbehrlich die Arbeitersekretariate geworden sind, und wie notwendig die Errichtung weiterer deraartiger Institute ist.

Jahr	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte	Davon in bezug auf			
		Unfallversicherung		Krankenversicherung	
		Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
1901	178 548	27 526	15,8	9 648	5,6
1902	179 927	33 416	18,9	10 377	5,8
1903	205 906	35 495	17,2	11 033	5,4
1904	238 540	40 741	17,1	14 278	6,0
1905	295 874	52 664	17,8	16 870	5,7
1906	352 261	70 183	19,9	20 361	5,8
<b>Sa.</b>	<b>1 493 556</b>	<b>260 025</b>	<b>17,4</b>	<b>82 567</b>	<b>5,6</b>

in	Gesamtzahl	Davon in bezug auf						
		Arbeiterversicherung	Arbeits- und Dienstvertrag	Bürgerliches Recht	Strafrecht	Gemeinde- und Staatsbürgerrecht	Arbeiterbewegung	Sonstige
88 Arbeitersekretariate	382261	114920	60497	112426	30067	42234	10064	12053
116 Auskunftstellen	22167	6573	3882	8394	1236	1561	927	1885
199 Orten	401428	121493	64379	116582	31303	43795	10991	13935

\* Jahr 27(9) fehlen Spezialangaben.

Für das Jahr 1905 konnten wir über 178 Orte mit von Arbeitern errichteten Instituten berichten, in denen insgesamt 315 946 Auskünfte erteilt wurden. 1906 zählten wir bereits 199 solcher Orte und 404 428 Auskünfte.

Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Unentbehrlichkeit längst selbst nachgewiesen. Als im Jahre 1894 die Nürnberger Gewerkschaften ihr Arbeitersekretariat errichteten, ahnten sie sicher nicht, welchen Dienst sie der gesamten deutschen Arbeiterschaft damit erwiesen, indem sie ein Institut ins Leben riefen; dessen Wirken so ungeteilte Anerkennung fand, daß das Verlangen nach gleichen Einrichtungen binnen so kurzer Frist allgemein geworden ist. Bereits sind im Laufe dieses Jahres wieder einige Sekretariate errichtet worden, und zwar in Orten und unter Verhältnissen, die für den Fortbestand derselben bürgen. Die Errichtung weiterer Sekretariate ist in verschiedenen Orten noch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, so daß wir im nächsten Jahre über den Bestand von etwa 100 Sekretariaten werden berichten können. Jede Eröffnung eines neuen lebensfähigen Arbeitersekretariats bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb müssen die darauf gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern gesucht werden.

Die Frage eines mehr einheitlichen systematischen Vorgehens auf diesem Gebiete erscheint uns aber auch einmal einer Erörterung wert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe der letzten Jahre die Gewerkschaftskartelle verschiedener Orte in der Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung am Orte mit Hilfe eines Arbeitersekretariats auf ein höheres Niveau zu bringen, solche Institute errichteten, die nach kurzer Zeit, nachdem sie den Genossen am Orte mehr geschadet als genützt hatten, wieder eingehen mußten, weil die Vorbedingungen für die Erhaltung derselben nicht gegeben waren und deshalb von keiner Seite Unterstützung gewährt wurde; wenn wir demgegenüber sehen, wie in den entwicklungsfähigen Orten unsere Genossen die verzwweifeltsten Anstrengungen machen müssen, um sich feste Stützpunkte für die Agitation zu erkämpfen, so erscheint uns der Zeitpunkt gekommen, wo auch hier regelnd eingegriffen werden könnte.

Auf Staatshilfe brauchen wir bei der Errichtung von Arbeitersekretariaten nicht zu rechnen, denn wir gründen Arbeitersekretariate nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung. Im Gefüge der Gesamtorganisation, als Teile des Ganzen sollen sie frei handeln und walten können, unabhängig von staatlicher Bevormundung. Von Arbeitern geschaffen und unterhalten, sollen sie im Sinne moderner Arbeiterbewegung dem arbeitenden Volke dienstbar sein. L. Brunner.

## Vom Arbeitsvertrag.

Der Arbeitsvertrag ist ein Vertrag, dem leider eine große Menge Arbeiter und Arbeiterinnen nicht die Beachtung beimessen, die in ihrem wirtschaftlichen Interesse nötig wäre. Nachfolgende Skizze soll eine Anregung sein, dem oft so wenig Beachteten eine größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Was ist der Arbeitsvertrag? Die kurze Antwort ist: Der Arbeitsvertrag ist ein Vertrag, durch welchen sich jemand verpflichtet einen Teil seiner körperlichen oder geistigen Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit gegen eine Vergütung zum Nutzen eines anderen zu verwenden. Derjenige, der seine Arbeitskraft hingibt, wird nun nicht Arbeitgeber genannt, sondern Arbeitnehmer, obgleich der, welcher die eigentliche Arbeit leistet, der eigentliche Arbeitgeber ist. Das am 1. Januar 1794 in Kraft getretene Allgemeine Landrecht der preussischen Staaten nannte auch in seinem 2. Teile Titel 8 „eigentliche Fabrikanten diejenigen, welche in einer Fabrik arbeiteten“. Dagegen werden nach unserer heutigen Auffassung diejenigen Arbeitgeber so genannt, die die Arbeitskraft kaufen. Ihnen gibt der Arbeiter seine Arbeitskraft, weil er sie nur durch Verbindung an andere verwerten kann, wenn er von seiner Arbeitskraft seinen Lebensunterhalt bestreiten will, was er auch muß, da seine Kraft sein einziger Reichtum ist. Der Arbeitgeber gibt dem Arbeiter als Vergütung einen Teil des durch die Arbeit erzeugten Wertes als Lohn. Jedoch der Arbeitgeber behält den überschüssenden

Teil des Wertes — den Mehrwert — für sich, zur Vergrößerung seines Kapitals und seines persönlichen Bedarfs. Und das ist das Charakteristische unserer heutigen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung, daß der Arbeiter als rechtlich Freier seine eigene Kraft als Ware für das Gewerbe eines anderen verkaufen muß, damit der andere von seiner Arbeit in fleißiger Leben kann und der Erzeuger aller Werte darben muß. So ist auch fast die gesamte erwirtschaftete Bevölkerung an einem solchen Arbeitsvertrag beteiligt, entweder als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer.

Die nun dieses Verhältnis begleitenden Rechtsformen zeigen noch recht deutliche Spuren von einer längst untergegangenen Wirtschaftsordnung, in der die Arbeit nicht auf Vertrag zwischen rechtlich Freien, sondern auf Gewaltverhältnissen beruhte, auf dem Recht des „Herrn“ am Unfreien. So hinken auch die modernen Gesetze den wirtschaftlichen Verhältnissen bedeutend hinten nach. Noch immer gilt Goethes Wort im Faust:

„Es erben sich Gesetz und Rechte  
Wie eine ew'ge Krankheit fort;  
Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte  
Und rücken lacht von Ort zu Ort. —  
Vom Recht, das mit uns geboren ist,  
Von dem ist, leider! nie die Frage.“

Auch in dem neuen bürgerlichen Gesetz findet man als Grundlage das römische Recht, obgleich in dem antiken Rom ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse bestanden, als daß sie als Grundlage für die heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Rechtsverhältnisse dienen könnten.

Bei den Römern wurde die wirtschaftliche Arbeit durch eigene oder von ihren „Herren“ wie Arbeitstiere verbundene Sklaven oder auch durch freigelassene verrichtet, denen die Arbeitsleistung als Bedingung ihrer Freilassung auferlegt war. Nicht Vertrag zwischen rechtlich Ebenbürtigen, sondern Gewaltverhältnisse waren die Grundlage der wirtschaftlichen Arbeit. Die Produktionsweise entsprach den sittlichen Anschauungen damaliger Zeit. Ein Freier durfte Arbeit gegen Lohn nicht verrichten, durch Bezug von Lohn er sich in den Stand eines Sklaven dem Arbeitgeber gegenüber, dem Anspruch eines Freien auf Lohn wurde die Klage verlag. Der Besitz adelte, Arbeit schändete.

Die fortschreitende Entwicklung der Wirtschafts- und Verkehrsformen zwangen auch die Sittenanschauung und Rechtsauffassung, ihr zu folgen. Durch die Besitzveränderungen mußte man auch eine zweite Art Arbeitsvertrag schaffen, der auch dem Freien gestattete, erwerbstätig zu sein. Allerdings waren das zunächst die „höheren“ Dienste Wissenschaft und Kunst, denen sich ein Freier widmen durfte. Und sein Entgelt für diese Dienste hatte nicht den plebejischen Namen Lohn, sondern die vornehme Bezeichnung Honorar oder Salär.

Das römische Recht drang auch nach Deutschland, wo es am Ende des 15. Jahrhunderts als allgemein geltend anerkannt werden kann. Seine Lehre über die Stellung der Besitzenden, Privilegierten den hilflosen, arbeitenden Massen gegenüber bot auch in Deutschland den arbeitenden Klassen den Schein des Rechts, die Arbeiter in Knechtschaft und Untermäßigkeit zu halten. Das große, die Welt umspannende Handels- und Industriekapital braucht in wachsendem Maße Arbeitskräfte und so hat man auch das Recht anerkannt, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert sei. Ja, man versiegte sich sogar so weit, zu erklären, Arbeit sei die Pflicht eines jeden Menschen. Nur ist die Auffassung über die Arbeitspflicht eine sehr verschiedene. Wenn der biblische Satz lautet: „Im Schweize deines Angesichts sollst du dein Brot essen“, so heißt es bei den herrschenden Klassen: Im Schweize deines Angesichts will ich mein Brot essen und mein Kapital vermehren. Lebe, um mich zu ernähren!

So entspricht auch das neue bürgerliche Gesetz, wie schon erwähnt, nicht den Bedürfnissen, die von den wirtschaftlichen Verhältnissen gestellt werden. Der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches enthielt Bestimmungen, die geeignet waren, eine neue Art Hörigkeit einzuführen und dem Unternehmer ein Recht auf die Person des Arbeiters zu geben. Zum Beispiel § 615 des Entwurfs gab die Möglichkeit, jemand lebenslänglich an ungünstige Bestimmungen eines Arbeitsvertrages zu fesseln. Durch den § 223 des Entwurfs wäre die „Selbsthilfe“ des Unter-

nehmers dahin ausgedehnt worden, daß streikende Arbeiter vom Unternehmer gewaltfam hätten festgenommen werden können. Im Reichstage wurden diese Anstalten durch Antrag und Protest der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Trotzdem hängen dem bürgerlichen Gesetze die Formen der altrömischen Verfassung noch stark an.

Die Bestimmungen über den Dienstvertrag (§§ 611–630) sollen auf alle Dienste gleichviel welcher Art Anwendung finden. Aber das bürgerliche Gesetzbuch ist ängstlich bemüht, die Ausbrüche Arbeitsvertrag, Arbeit, Arbeiter, Arbeitgeber, Lohn zu vermeiden. An ihrer Stelle stehen die an ein Hörigkeitsverhältnis anklingenden Worte: Dienstvertrag, Dienst, Dienstverpflichteter, Dienstberechtigter und Vergütung. Wir finden in dem modernen bürgerlichen Recht auch die „höheren“ Dienste (§ 622) erwähnt, und daß hierzu die der „Lehrer, Erzieher, Privatbeamter, Gesellschafterinnen“ gehören. Das erinnert sehr an die römisch-rechtliche Geringschätzung der ökonomischen Arbeit. So wie der Arbeitsvertrag in seiner geschichtlichen Entwicklung schon Beachtung verdient, verdient die Stellung des Arbeiters vor und beim Abschluß des Arbeitsvertrages noch mehr Beachtung.

Wir haben gesehen, daß zum Betrieb eines Gewerbes zweierlei nötig ist, Arbeitskraft und Produktionsmittel. Wenn beide von einander abhängig sind, so ist doch der Besitzer der Arbeitskraft mehr von dem Besitzer der Produktionsmittel abhängig, als umgekehrt. Und dieses Verhältnis begleitet den Arbeiter auf allen Wegen, darum ist der Arbeiter auch abhängig vom Abschluß des Arbeitsvertrages. Kommt ein Arbeitsvertrag nicht zustande, so ist der Arbeiter nicht in der Lage, aus eigener Kraft sein Leben zu fristen. Er fällt unter Umständen der Armenpflege mit ihren entehrenden Folgen anheim. Die organisierte Arbeiterschaft hat in diesem Falle den Vorteil, in ihrer Gewerkschaft eine gute Hilfe und treue Stütze zu haben. Der Arbeitgeber dagegen kann, auch wenn es nicht möglich war einen Arbeitsvertrag abzuschließen, entweder sein Vermögen und dessen Rente zur Lebensführung verwenden, oder selbst, ohne Beiziehung von Hilfskräften, arbeiten. So groß auch die wirtschaftlichen Nachteile sein mögen, die ihn treffen, wenn er keine fremde Arbeitskraft erhalten kann, den Vergleich mit dem Zustande, in dem ein besitz- und arbeitsloser Arbeiter sich befindet, können sie keinesfalls bestehen. Die Ungunst der Stellung des Arbeiters wird noch durch eine Reihe anderer Momente verstärkt. Während andere Waren von der Persönlichkeit des Verkäufers getrennte Ergebnisse sind, ist die Arbeit die Tätigkeit des Menschen selbst und vom Menschen ungetrennlich. Der Unternehmer, der durch den Lohnvertrag die Verfügung über eine Arbeitskraft erworben hat, erwirbt immer auch eine gewisse Verfügung über die Persönlichkeit des Arbeiters selbst. Indem der Arbeitgeber eine Arbeitsleistung aufträgt, bestimmt er, unter welchen Verhältnissen in bezug auf Räumlichkeit, Art und Weise, Unfallgefährdung und Mitarbeiterhaft die Arbeit verrichtet werden soll. Je ungünstiger nun die Stellung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrages ist, desto weniger kann er auch in all den genannten, oft sehr wesentlichen Momenten sein Interesse sicher stellen. So war in den Arbeitsordnungen der älteren Zeit oder wo die Gewerkschaften so schwach waren, solche zu befechtigen, vorzugsweise nur von den Rechten des Arbeitgebers und den Pflichten des Arbeiters die Rede.

Weiter macht die kapitalistische Wirtschaftsordnung das Schicksal des Arbeiters davon abhängig, ob es einem Arbeitgeber vorteilhaft erscheint, ihn zu beschäftigen. Es besteht aber keine Gewähr dafür, daß die Unternehmer stets soviel Arbeit begehren, als angeboten wird. Häufig haben technische Erfindungen, wirtschaftliche Krisen Massen von Arbeitern überflüssig gemacht und geben sie den bittersten Notständen, ja dem Hungertypus preis. Denn die Armenpflege geht von der, unter den heutigen Verhältnissen nicht immer begründeten Voraussetzung aus, der arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeiter finde stets eine Beschäftigung, die ihn erhält. Eine Voraussetzung, die den bestehenden Verhältnissen bittersten Lohn spricht. Die Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur für den unmittelbar betroffenen Arbeiter ein Unglück, eine zahlreiche Armee von Arbeitslosen übt durch ihr dringliches, vorbehaltloses Arbeitsangebot auch auf die Lage der

jenigen Arbeiter, die noch in Arbeit stehen, den verhängnisvollsten Druck aus.

Alle diese Umstände und Verhältnisse üben auf den Abschluß eines Arbeitsvertrages seitens des Arbeiters einen bedeutenden Einfluß und für ihn nicht immer den günstigsten aus. Dies zwingt uns, auch die Frage zu erwägen, welche Mittel und Wege können zu einer Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse und vor allem zu Gunsten der Arbeiter führen? Das Mittel besitzen die von den wirtschaftlichen Verhältnissen Beleidigten, die Arbeiter in sich selbst. Und den Weg finden sie, wenn sie sich vereinigen, zu einer Gewerkschaft zusammengegeschlossen haben. Nur vereint zu einem Ganzen können sich die Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft zu einem Machtfaktor aufschwingen, der ausgleichend und vor allem mitbestimmend dem Kapital gegenüber wirkt. Wenn durch das kolossale Anwachsen der Gewerkschaften sich die Klassenkämpfe momentan zu spitzen, so ist das das beste Zeichen, daß wir unserm Ziele näher rücken. Wenn Autoritäten auf dem Gebiete des Kriegswesens behaupten, daß durch die Vervollkommnung der Massenmordmaschinen Kriege verhindert oder unmöglich gemacht werden können, so könnte man das in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation erst recht behaupten. Je größer und mächtiger eine solche Organisation ist, um so weniger wird es zu einem offenen Kampfe kommen. Denn da keine von beiden Parteien wissen kann, wie dieser Kampf ausgeht, der auch unter Umständen selbst für den siegenden Teil schwere wirtschaftliche Schädigungen bringen kann, so wird man versuchen, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer beider Teile befriedigende Lösung der Streitfrage zu gelangen.

Auch unsere Organisation hat versucht, einen Ausgleich in der Form eines Tarifabschlusses zu schaffen. Wenn er auch noch Mängel besitzt, so werden sie sich bei einem zweiten Abschlusse beseitigen lassen und durch die Stärke der Organisation auch noch Verbesserungen der verschiedensten Art erzielt werden. Doch, daß die Organisation die Stärke erhält, um alles für ihre Mitglieder sein zu können, ist Sorge und Aufgabe derer, die sich eine Bessergestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und Lebenshaltung wünschen. Kr.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Kombinierte Versammlung der Zahlstellen I und II vom 7. Juli 1907. Auf der Tagesordnung stand: Aufstellung der Kandidaten für den paritätischen Arbeitsnachweiser. Das Bureau wurde gebildet aus Kolleg. Moritz als 1. und Kollegin Teske 2. Vorsitzende, Kollege Meiß 1. und Kollegin Schütz 2. Schriftführerin. Kollege Moritz führt einleitend aus, daß die beiden Zahlstellen sich einig waren, den Arbeitsnachweiser von Zahlstelle II zu stellen, dementsprechend werden durch die zuständigen Instanzen die Kollegen Wahlbe und Jäbide aufgestellt. In der letzten Vereinsversammlung der Zahlstelle II sei zu diesem Punkt die Zahlstelle I durch ihren Vorstand vertreten gewesen, es habe aber niemand daran erinnert, daß Zahlstelle I bei der Abstimmung mitwirken sollte. Erst im letzten Augenblick habe diese Zahlstelle Stimmzettel verlangt, die ihr selbstverständlich in der gewünschten Anzahl zur Verfügung gestellt wurden und habe sich an der Abstimmung beteiligt. Für den Kandidaten Wahlbe wurden seitens der Zahlstelle I 421 und Zahlstelle II 581, für den Kandidaten Jäbide wurden seitens der Zahlstelle I 116 und Zahlstelle II 877 Stimmen abgegeben, somit erhielt Wahlbe 1002 und Jäbide 998 Stimmen; danach wäre Kollege Wahlbe mit 9 Stimmen Majorität gewählt. Verschiedentlich sei nun den Vorständen mitgeteilt, daß gegen diese Wahl Protest eingelegt würde und begen auch dieselben eine diesbezügliche Befürchtung. Es fand hierüber eine kombinierte Vorstandssitzung statt, die die heutige Versammlung beschloß, die ja leider nicht dem Tagesordnungspunkt entsprechend beschloß sei, trotzdem müsse aber in dieser Angelegenheit endlich einmal ein Resultat erzielt werden. Kollege Jäbide sei aus persönlichen Rücksichten von der Kandidatur zurückgetreten, danach gelte eigentlich Kollege Wahlbe als gewählt, es müsse aber die heutige Versammlung hierüber beschließen. Er stelle also zur Diskussion, ob die Wahl des Kollegen Wahlbe zu Recht bestehend betrachtet wird. Kollege Kuhfeld betont, daß seitens der Kollegin Teske eine Wahlbeeinflussung vorgekommen sei; denn sie habe ihren Mitgliedern empfohlen, ihre Stimme für den Kollegen Wahlbe abzugeben, dies dürfte keinesfalls geschehen. Er erklärt sich für Neuaufstellung von Kandidaten, denn

Gegenkandidaten müßten vorhanden sein, sonst wäre eine Wahl nicht denkbar. Demgegenüber erklärt Kollege Moritz, daß offiziell Protest nicht eingelegt sei, folglich sei über eine event. Wahlbeeinflussung seitens der Zahlstelle I hier nicht zu sprechen. Kollege Reinte sowie Kollege Glotz sind ebenfalls für Neuaufstellung. Kollege Rodenberg erhebt die Wahl des Kollegen Wahlbe zu Recht bestehen zu lassen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte und Aufstellung von neuen Kandidaten wird mit 107 gegen 88 Stimmen angenommen. Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen werden die Kollegen Reinte, Wahlbe, Glotz und Kruschinsky vorgeschlagen. Die Kollegen Wahlbe und Kruschinsky lehnen eine Kandidatur ab. Ueber die Kandidatur Reinte entspinnt sich wegen eines gegen ihn seitens der Zahlstelle II vor Jahren gefaßten Beschlusses eine ausgedehnte Diskussion, an der sich die Kollegen Rodenberg, Moritz, W. Fabrowsky, Kruschinsky, Robert Weber, Zuckow, Galpaw und die Kolleginnen Müller und Thiele beteiligen und die damit endete, daß die Kandidatur Reinte bestehen bleibt. (Seider konnte bei dieser Diskussion der Kollege Fabrowsky es sich nicht verkneifen, seine bekannten Ansätze gegen Vorstandskollegen anbringen.) Es wird nun Kollege Reinte mit 90 gegen 41 und Glotz mit 87 gegen 12 Stimmen als Kandidat aufgestellt und die Versammlung, nachdem einige persönliche Bemerkungen seitens der Kollegin Gertr. Hanna und Kollegen W. Schulz erliebt, mit einem Hoch auf die Draufgänger geschlossen.

**Berlin II.** Versammlung vom 17. Juli 1907. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird wieder der schlechte Besuch trotz Bockentag moniert und meint Kollege Moritz, daß der Vorstand Mittel und Wege ausfindig machen wird, wie in Zukunft verfahren werden soll. Die heutige Tagesordnung müsse unbedingt erledigt werden, da einige Punkte schon mehrmals zurückgestellt wurden. Aus Hamburg wohnten die Kollegen Kirchner und Thelen als Gäste der Versammlung bei. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und mit einer kleinen Veränderung angenommen war, gibt Kollege Moritz bekannt, daß Kollege Reinte mit 46 Stimmen Majorität als paritätischer Nachweiser gewählt wurde und am 22. Juli sein Amt antritt. Sodann erhebt Kollege Moritz zum Jahresbericht, daß in demselben die Arbeiten des Vorstandes und Kassierers genau besprochen sind, und sei ein näheres Eingehen nicht nötig. Leider sei durch den Tod des Kollegen Sternitz der Bericht etwas verspätet in die Hände der Mitglieder gelangt, jedoch haben die Kollegen ja immer den Quartalsjahresbericht erhalten. Nachdem Kollege Moritz noch auf einige leider vorgekommene Druckfehler hingewiesen, bestätigt Kollege Selle den Bericht und beantragt Dechargerteilung, was geschieht. Sodann werden nach längerer Debatte die Kollegen Altenhof, W. Fabrowsky und Kirchner als Revisoren gewählt. Bei der letzten Vorstandswahl ist Kollege Ost. Schäfer mit 771 gegen 769 Stimmen, die Kollege C. Schulze erhielt, als Vizepräsident gewählt. Es sollte, da die Majorität nur 2 Stimmen beträgt, über beide Kollegen nochmals in der Versammlung abgestimmt werden; dies mußte leider immer zurückgestellt werden. Die Abstimmung ergab für Schäfer 91 Stimmen, für Schulz 10 Stimmen, somit gilt Kollege Schäfer als gewählt. Zum dritten Punkt erklärt Kollege Meiß, daß eine Kommission gewählt sei, die die Anstellungsbedingungen ausarbeitet und sieben Paragraphe festsetzt, welche er zur Beratung bringt. Danach soll das Anfangsgehalt des Vorsitzenden 2200 Mk. betragen und bei ev. Wiederwahl jährlich um 100 Mk. steigen, bis ein Höchstgehalt von 2800 Mk. erreicht ist. Das Gehalt versteht sich inkl. Reibation und Expedition des Mitteilungsblattes. Ebenso beträgt das Anfangsgehalt des Kassierers 2000 Mk. bei ev. Wiederwahl jährlich um 100 Mk. steigend bis zum Höchstgehalt von 2600 Mk. Für den Vorsitzenden wird beschlossen, der Zulage von 100 Mk. pro Jahr rückwirkende Kraft zu geben. Ferner wird jedem Angestellten ein jährlicher Urlaub von 14 Tagen gewährt und bei Krankheitsfällen bis zu drei Monaten Fortzahlung des Gehalts beschlossen. Für den Nachweiser konnten Bestimmungen nicht getroffen werden, jedoch sollen die für die anderen Angestellten soweit als angängig auch auf ihn angewendet werden. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage gegen eine Stimme angenommen. Sodann werden folgende Sätze für die Vorstandsmitglieder nach eingehender Diskussion als Remuneration festgesetzt: Für den 2. Vorsitzenden 200 Mk., für den 1. Schriftführer 125 Mk., für den 2. Schriftführer 100 Mk., für den 2. Kassierer 75 Mk. und für 3 Revisoren je 50 Mk. Kollegen Ruder werden auf Antrag des Kollegen Fuß für seine vorjährige Tätigkeit 100 Mk. nachbewilligt. Unter Verschiedenem gibt Kollege Moritz bekannt, daß der Falzer Emil Stäber wegen seines Benehmens und Umgebung des Arbeitsnachweises ausgeschlossen wurde, was die Versammlung aufhieß, nachdem sie auch erfahren hatte, wie der Be-

treffende sich, nachdem ihm der Ausschluß bekannt gegeben war, in dem Lokal, wo die Sitzung stattfand, betragen hat. Sodann wird beschlossen, einen Berufsfähigkeits-Apparat „Krone“ und eine Schreibmaschine für das Bureau anzuschaffen. Seitens des Kollegen Fuß wird moniert, daß in der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission unsererseits kein Vertreter angewand war und erklärt Kollege Moritz dies mit der überaus großen Arbeit (Umzug, Einrichtung des Nachweises, verschiedene Wahlen zc.), die jetzt zu leisten war, und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation um 11,40 Uhr. Bl.

**Strasbourg.** Außerordentliche Generalversammlung vom 4. Juli 1907. Die Versammlung, welche sehr schlecht besucht war, wurde um 8 1/2 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende gab das Wohlwollen eines Zentralvorstandsmitgliedes, Louise Hornmuth, bekannt, dessen Anwesen von den Anwesenden durch Erheben von den Sitzen geehrt wurde. Die nächste Versammlung wurde auf den 27. Juli festgelegt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erklärt der Vorsitzende die Notwendigkeit der Beitragserhöhung und stellt den Antrag, die Beiträge für sämtliche Klassen zu erhöhen. Kollege Weller glaubt, daß durch die Erhöhung der Beiträge der Verband viel Schaden erleidet durch Verluste der Mitglieder, derselben Ansicht ist auch Kollege Burkhardt. Die Kollegen Kraft und Heyer sind für den Antrag des Vorstandes, und nach einer sehr heftigen Debatte wird der Antrag mit 25 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Erhöhung der Beiträge tritt aber erst dann in Kraft, wenn dieselbe vom Zentralvorstand genehmigt ist. Zu der Remuneration der Druckereifassierer stellt Kollege Weller den Antrag, daß jeder Druckereifassierer am Schlusse des Jahres 10 Mk. erhält; derselbe wird mit 20 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Der Vorstand stellt den Antrag, daß, wer bis 10 Mk. abliefern, 5 Prozent, von 10 bis 20 Mk. 4 Prozent und über 20 Mk. 3 Prozent erhält, vorausgesetzt, daß der betreffende Fassierer seine Beiträge am festgesetzten Tage abliefern. Dieser Antrag wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Im nächsten Punkt kommt der Antrag Heyer, die ersten fünf Tage, welche in einem Krankheitsfall vom Zentralvorstand nicht bezahlt werden, aus der Lokalkasse zu bestreiten. Kollege Heyer begründet seinen Antrag kurz und nach einer anregenden Debatte wird der Antrag mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Ein Antrag Kraft, Schüb und Matthiß betreffend Unterstützung derjenigen Mitglieder, welche durch eine militärische Übung eine unfreiwillige Arbeitsunterbrechung haben, wird abgelehnt. Unter Verschiedenem erklärt der Vorsitzende, daß die Firma Barthel u. Nagmann jetzt auch den Tarif bezahle. Ebenso verliert er ein Schreiben von Gripfobow, welcher darin erklärt, daß er schon lange nach Tarif bezahle, was aber nicht wahr ist. Da aber die dort stehenden Kollegen schon drei Monate nicht mehr ihre Verbandsbeiträge bezahlen, so kann der Vorstand vorläufig nicht bei Herrn Gripfobow intervenieren. Nach einigen kleineren Erörterungen wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

## Rundschau.

Auch ein Organisationsgegner, aber aus anderen Motiven, als man sie bei manchem profitgierigen Unternehmern vorfindet, ist der Oberbruder der Firma Lange & Wundsch in Berlin, ein Herr G. Krönig. Es ist sonst nicht unsere Gewohnheit, uns mit den persönlichen Eigenarten der Herren „Ober“ zu beschäftigen, weil ja, wie die Erfahrung lehrt, eine Kritik dessen, was uns an ihnen manchmal nicht gefällt, in den Augen ihrer p. p. Chefes zum Lobe wird. Mit dem genannten Herrn Krönig aber wollen wir eine Ausnahme machen, weil wir nicht zulassen können, daß seine Stubenstater bloß von einem kleinen Kreis Eingeweihter gewürdigt werden. Wie sympathisch Herr G. K. unserer Organisation gegenübersteht, mögen einige aufmerksamere Bemerkungen beweisen, die er bei jeder Gelegenheit gegenüber den ihm unterstellten Disziplinararbeitsnehmerinnen zum Ausdruck bringt. „Was wollt Ihr denn im Verband? Spart Euch lieber das Geld, oder kauft Euch lieber ein Stück Kuchen dafür. Wenn Ihr Zulage wollt, bekommt ihr dieselbe auch ohne den Verband.“ — Seht Euch mal Eure Beamten an, die fressen sich für Euer Geld 'nen dicken Bauch an“ und so fort mit Grazie. Es ist begreiflich, daß diese können und geistreichen Redensarten unser Interesse für diesen Mann wecken und wir das Bedürfnis fühlen, ihn etwas näher kennen zu lernen. Das Ergebnis unserer Nachforschungen war ein überwältigendes.

Die Firma Martin Schlesinger, Inh. Lange & Wundsch, ist eine der ältesten Steindruckereien Berlins. Wenn wir auch schon früher mit den Böhmern, die dort gezüchtet werden, nicht ganz zufrieden waren, so müssen wir doch anerkennt (so-

weit derartiges nicht selbstverständlich ist), daß, solange Herr Fritz Krönig die Druckerei leitete, die Umgestaltungen mit dem Personal und auch die Behandlung desselben als durchweg anständig zu bezeichnen waren. Nachdem aber Herr Georg Krönig das Erbe seines Vaters antrat und im Geschäft als Oberdrucker tätig ist, haben sich dort Zustände eingebürgert, die einfach jeder Beschrei-  
bung spotten. Der noch ziemlich junge Herr G. K. scheint Anstand und Sitte als nebensächliche Requi-  
siten zu betrachten, sonst könnte er gegenüber weiblichen Personen, die kaum der Schule entwachsen sind, nicht Ausdrücke gebrauchen, die so roh und gemein sind, daß wir sie aus pöbelgelehrten Grün-  
den nicht wiedergeben können. Daß ein großer Teil der Arbeiterinnen ständig mit „Du“ angeredet wird, fällt beinahe niemandem mehr auf. Dabei ist Herr K. aber auch ein großer Verehrer von Frauen Schön-  
heiten, was ja an sich kein Verbrechen ist, in diesem Falle aber zu einer sehr misslichen Protektionswirt-  
schaft ansetzt. Von dem mehr oder weniger hübschen Aussehen der Arbeiterinnen soll es abhängen, wie uns versichert wird, zu welchen Arbeiten sie herangezogen werden, resp. ob ihnen für Arbeits-  
verläumnisse Lohnabzüge gemacht werden oder nicht. Aber auch recht dramatische Auftritte, bei denen Herr K. nicht gerade die feinste Rolle übernehmen mußte, haben sich im Geschäft abgepielt. Vor  
kurzer Zeit empfing der Bruder einer dort beschäf-  
tigten Anlegerin unseren Helben mit den Worten: „Du K. . . hast meine Schwester verführt . . .“  
worauf dieser sich schleunigst verdrücken mußte. Wir brauchen wohl nicht deutlicher zu werden, um diese schmeichelhafte Apostrophierung verständlich zu machen.

Wir könnten noch manches zur Charakteristik des Herrn K. anführen, glauben aber in dieser Ansehe den Grund gefunden zu haben, warum er es nicht gern sieht, wenn das Hilfspersonal organi-  
siert ist. Es scheint ihm wohl bewußt zu sein, daß organisierte Arbeiterinnen für solche Balzgelüste eines „Vorgeetzten“ nicht zu haben sind. Daß es auch in anderer Beziehung unter der Leitung des Herrn K. sehr miserabel um die Verhältnisse in dieser Firma bestellt ist, möge folgendes beweisen. Die Stichtäger erhalten einen Lohn von 18 Mk. Daß für dieses Geld aus den Reihen der Kollegen-  
schaft niemand arbeitet, ist selbstverständlich. Herr K. stellt nun alles mögliche ein, ohne darauf zu achten, was Geistes Kind die Betroffenen sind, und so brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn in letzter Zeit Kolleginnen und Kollegen bestohlen werden; denn erst vor kurzem ist einem Kollegen ein Anzug und einem anderen die Stiefeln ge-  
stohlen worden. Das spielt aber keine Rolle, die Hauptsache ist die, daß die Leute Nichtverbändler und recht billig sind.

Wenn auch Herr G. K. sich die Aufgabe gestellt hat, den Hilfsarbeiterverband in jeder Weise zu schädigen und leitende Personen in Mißkredit zu bringen, so fürchten wir keine Machinationen nicht im geringsten, denn die Motive, die den Herrn dazu veranlassen, sind uns bekannt, dieselben liegen auf einem Gebiet, die sich mit der Vorspiegelung, Geschäftsinteressen zu vertreten, nicht wegweisen lassen. Wir werden uns nicht abhalten lassen, auch in Zukunft das zu tun, was im Interesse der Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen liegt. Wir haben die Ueberzeugung, daß es uns gelingen wird, Herrn G. K. zur Erkenntnis zu bringen, daß die Stellung eines Oberdruckers nicht nur Rechte verleiht, sondern auch Pflichten auf-  
legt, und vor allen Dingen die Pflicht, Arbeiter und Arbeiterinnen anständig zu behandeln und nicht, um seinen persönlichen Reigungen zu huldigen oder hin und wieder mal ein Schäferstündchen zu haben, Ausnahmen zu machen.

Unsere dort arbeitenden Kolleginnen aber rufen wir zu: Bekümmert Euch auf Eure Menschenwürde. Ihr allein seid zu schwach, solche unwür-  
dige Behandlung zurückzuweisen, daher organisiert Euch, nehmt die Hände von den Augen und verlangt als Menschen behandelt zu werden!

D — — — t.

Zwecks Liquidation des Senefelderbundes (ber Lithographen und Steinbrucker) beruft der Vor-  
stand eine außerordentliche Generalversammlung des Bundes auf den 29. September nach München ein. Die Generalversammlung in Hannover, über die wir seinerzeit berichteten, hat durch die Neu-  
organisation des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker die Vorarbeiten für die Liquidation erledigt. Die Mitglieder des Bundes haben sich nahezu einmütig dem Verbandsangehörigen, der sämtliche Unterstützungen, die bisher vom Senefelderbunde gewährt wurden, übernehmen wird. Die hierzu nötigen Fonds werden vom Verbands während der Liquidation des Bundes mit Leichtigkeit ange-  
kammelt werden können und die neu eintretenden

Mitglieder erwerben im Verbands dieselben Rechte und werden nach denselben Grundätzen behandelt, die bisher im Senefelderbunde galten. Die Ver-  
sicherung der bekannten 31 Kläger, die mit Gerichtshilfe die Einheitsorganisation der Lithographen und Steinbrucker hindertreiben wollten, werden also, falls der Bund in der außerordentlichen General-  
versammlung seine Liquidation beschließt, ein voll-  
ständiges Fiasko erleiden.

Im Anschluß an die Tagung des Senefelder-  
bundes wird der Verband der Lithographen und Steinbrucker am 30. September in München eine außerordentliche Generalversammlung abhalten, um zu den Beschlüssen des Bundes Stellung zu nehmen und eventuell notwendige Statutenänderungen vor-  
zunehmen.

**Amerika.** Ueber die gewerkschaftliche Organi-  
sation des graphischen Gewerbes und der Papier-  
industrie in Amerika finden wir im „Korrespon-  
denzblatt“, welches den Sekretär des amerika-  
nischen Arbeiterbundes (American Federation of  
Labor) alljährlich veröffentlichten Ausweis über  
die an die Bundeskasse entrichteten Mitglieder-  
beiträge bespricht, einige interessante Daten. Die  
stärkste Organisation der graphischen Berufe ist der  
Typographenverband (Schriftleger) mit 46 180  
Mitgliedern, wogegen der Buchdruckmaschinen-  
meister- und Hilfsarbeiterverband 16 600 Mit-  
glieder zählt. Von den Hilfsarbeitern sind sehr  
wenige organisiert. Die Bruderschaft der Buchbinder  
hat 6800 Mitglieder, der Schuh- und Unter-  
stützungsverein der Lithographen 3600 (außerdem  
existieren mehrere Lokalvereine der Lithographen),  
der Verband der Stereotypen- und Galvanisier-  
200, der Lichtdrucker 2200; die Mitgliederzahl des  
Verbandes der Stahl- und Kupferdrucker war nicht  
festzustellen, die Stahlmischer zählen 100, die  
Zip Printer 200 Mitglieder. In der Papier-  
industrie bekämpfen sich zwei Zentralverbände, die  
dem Arbeiterbund angehörige International  
Brotherhood of Paper and Pulp Workers (3500  
Mitglieder) und die Pulp, Sulphite and Paper  
Mill Workers (mindestens ebenso viel Mitglieder);  
ferner sind zu nennen der Verband der Karton-  
nagenarbeiter (700 Mitglieder) und zwei Vereine  
der Tapeten- und Tapetenschnneider (zusam-  
men 900 Mitglieder). Alle graphischen Organi-  
sationen und die Organisationen der Papierarbeiter  
mit Ausnahme der Pulp, Sulphite and Paper Mill  
Workers sind dem Arbeiterbund angeschlossen. Die

Gesamtmitgliederzahl beträgt 88 580. Der Typo-  
graphenverband, die Maschinenmeister, Litho-  
graphen, Stereotypen, Stahl- und Kupferdrucker,  
Lichtdrucker und Buchbinder haben die Sterbe-  
unterstützung eingeführt; die Deutsch-amerikanische  
Typographia — die eine Bestandteil des Typo-  
graphenbundes bildet — außerdem Arbeitslosen-  
Kranken- und Reisemittelstützung.

## Anzeigen.

### Zur Beachtung! An die Einzel-Mitglieder der Zahlstelle Leipzig!

Um den Einzelmitgliedern die Verbandsgeschäfte zu erleichtern, sind 5 Bezirkskassierer angestellt und verpflichtet, Beiträge in den Wohnungen abzuholen. Diejenigen Mitglieder, welche in größerer Ent-  
fernung von unserem Bureau wohnen und mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, mögen die ge-  
nauere Adresse im Bureau abgeben.

Die Ortsverwaltung.

### Todesanzeige.

Am 13. Juli verstarb unsere Verbandskollegin  
**Selma Schmidt**  
(aus der Firma F. J. Weber)  
im jugendlichen Alter von 17 Jahren.  
Ihr Andenken hält in Ehren  
Die Mitgliedschaft Leipzig.

### Nachruf.

Am 15. Juli verstarb nach längerer Krank-  
heit unsere Kollegin Frau  
**Anna Böhringer**  
im Alter von 29 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!  
Zahlstelle Nürnberg.

## Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Wir bringen hierdurch den Bestimmungen unseres Rassenstatuts entsprechend zur Kenntnis, daß die in der Ordentlichen Generalversammlung vom 24. März d. J. beschlossene 14. Abänderung des Rassenstatuts die behördliche Genehmigung erhalten hat.

Diese Abänderung bezieht sich auf § 11 Abs. 3, das Krankengeld für die in Heilanstalten befindlichen Rassenmitglieder betreffend. — Dem § 12 ist eine neue Bestimmung angefügt, nach welcher der Vorstand Uebernahme von Bade- oder Kurkosten aussprechen kann. — Der § 21 ist dahin erweitert, daß erkrankten Mitgliedern die Berufung an ein von allen Vertrauensärzten gebildetes Arztkollegium zusteht, wenn sie durch die Maßnahmen eines Vertrauensarztes glauben beeinträchtigt zu sein. — § 44 schreibt für die Zukunft vor, daß die Rassenmitglieder zur Generalversammlung auf je 100 Mitglieder einen Vertreter, die Arbeitgeber auf je 200 von ihnen beschäftigte Rassenmitglieder ebenfalls einen Vertreter zu wählen haben. — Die §§ 45, 47 und 62 enthalten neue Vorschriften über die ordnungsmäßige Einberufung der Generalversammlungen. — Die §§ 53, 54 und 58 enthalten die dem Rentanten für seine Geschäftsführung vorgeschriebenen Bestimmungen.

Druckexemplare der vorstehenden Abänderung können im Rassenlokal wochentäglich von 8—8 Uhr in Empfang genommen werden.

Berlin, den 19. Juli 1907.

### Der Vorstand.

Joseph Blenz, Vorsitzender.

Otto Wontzki, Schriftführer.

Verband der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

## Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 3. August 1907, abends 1/6 Uhr:

### Öffentliche Versammlung

im Saale des „Pantheon“, Dresdnerstraße 20.

Tagessordnung:

1. Rezitation von Herrn Hennig über „Anzengraber als Erzähler“.
2. Verbandsangelegenheiten und Diskussion.

Zu dieser Rezitation wird Eintritt nicht erhoben. — Ende der Versammlung 8 Uhr.

Wir erwarten im übrigen von unseren Mitgliedern, in den Kreisen der nichtorganisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für besseren Versammlungsbesuch zu agitieren. Allseitigen zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 15.

Berlin, den 27. Juli 1907.

13. Jahrgang.

## Meine Agitationstour.

In der Hoffnung, meine Geschäftsferien nicht besser verbringen zu können, als ausflürend unter den uns noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen zu wirken, hatte ich die Vorbereitungen getroffen, um in den Städten Mainz, Coblenz, Köln, Düsseldorf, Biersen und Trier in Versammlungen zu sprechen, über deren Verlauf ich in Nachfolgendem kurz berichten will.

Donnerstag, den 20. Juni, war die Kollegenschaft von Mainz zu einer Versammlung erschienen, aber es sind immer ein und dieselben Gesichter; es war mir deshalb darum zu tun, die Kollegenschaft mehr und mehr auf die Kleinarbeit zu verweisen, da hier absolut nichts in einer großen Versammlung zu erreichen ist. Von der dortigen Verwaltung wie der Kollegenschaft wurde versprochen, auf diese Weise zu arbeiten, um endlich auch Mainz den Städten einreihen zu können, die einen Tarifabschluß zu verzeichnen haben.

Für Koblenz war eine Versammlung für Freitag, den 21. Juni, vorgelesen, doch war es mir leider nicht möglich dort zu sprechen, da ich erst in letzter Stunde davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß eine Kleinarbeit nunmehr dort vom Vorsitzenden der Buchdrucker sowie demjenigen der Buchbinder einsehen würde und dann eine größere Versammlung im Herbst stattfinden würde. Hoffentlich erfüllen beide Vorsitzenden ihr gegebenes Versprechen und erhoffe ich bis zum Herbst für Koblenz das Beste.

Etwas besser ging es in Köln, wo die Kollegenschaft am Montag, den 24. Juni, sich zu einer Versammlung eingefunden hatte. Es ist mir dort so vorgekommen, als ob die Zeitung doch nunmehr den nötigen Ernst zeigen will, um in Köln wieder eine regere Bewegung herbeizuführen. Das zeitigte die Diskussion, die eine sehr lebhafte war, in welcher die Anwesenden versprachen, ihre Verwaltung in der Agitation unterstützen zu wollen, um nun auch endlich für Köln bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Auch wurden hier einige Neuaufnahmen vollzogen.

In Düsseldorf, wo ich am 25. Juni zu einer Versammlung erschienen war, kam es nur zu einer Besprechung, da die dortige Kollegenschaft es nicht der Mühe für wert fand, zu erscheinen, trotzdem gut vorgearbeitet war. In Düsseldorf sind noch die erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzutreffen und man muß sich geradezu wundern, daß die Kollegenschaft sich dabei so wohl fühlt und keine Versuche macht, mit Hilfe der Organisation ihre Lage zu verbessern, trotzdem Mittel und Wege gezeigt worden wären, um derartige Schandlöhne zu beseitigen. Doch hoffe ich, daß es auch noch in Düsseldorf Tag wird.

Eine Freude war es, am Mittwoch, 26. Juni, in Biersen zu referieren, waren doch wenigstens 60 Personen anwesend, die mit Aufmerksamkeit jedem Worte des Referenten folgten und Interesse für die Organisation bekundeten. Ein erfreuliches Zeichen war es schon, daß tags vorher von christlicher Seite, wo man erfahren hatte, daß ich referieren würde, ebenfalls eine Versammlung einberufen wurde und zu derselben nur zwei Mann erschienen waren, so daß der Referent, welcher auch von auswärts erschienen war, wieder abziehen mußte, trotzdem Kollege Schrills ihn aufforderte, seinen Standpunkt einmal klarlegen zu wollen. In dem Wend, wo ich referierte, hatten die Prinzipale von Biersen, welche von der Versammlung Kenntnis erhielten, Ueberstunden angeordnet und hier waren es unsere dortigen Kolleginnen, welche einmütig erklärten, heute ist Versammlung und da gibt es keine Ueberstunden. Ein Bravo den dortigen Kolleginnen und wünschen wir, daß der Geist so anhalten möge, was auch sehr notwendig ist, wenn wir in Biersen beseitigen wollen, daß der Prinzipal die Kolleginnen noch tageweise beschäftigt, nur um die Feiertage

nicht bezahlen zu brauchen. Die anwesenden Buchdrucker, Maschinenmeister und Steindrucker erklärten, stets der neugegründeten Zahlstelle ihre Hilfe zu leisten, deren die junge Zahlstelle auch noch sehr bedürftig ist. Dieselbe wurde mit 33 Kolleginnen und 11 Kollegen gegründet.

In Trier waren die Kollegen am 27. Juni in ziemlich großer Anzahl erschienen, um das Referat anzuhören. Es zeigte sich, daß man Hilfsarbeiter beschäftigt mit 12, 14 und 16 Mk. Wochenlohn; es wird jetzt deshalb doppelt notwendig sein, daß die Verwaltung so wie die Kollegen, die der gegründeten Zahlstelle angehören, nicht ruhen und rasten, um alle Kollegen und Kolleginnen von Trier unserer Zahlstelle zuzuführen, und wenn dieselbe auch die Hilfe der Buch- und Steindrucker in Anspruch nehmen, die ihnen an jenem Abend zugesagt wurde, sowie den Kartellvorsitzenden, dann bin ich der festen Ueberzeugung, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, um derartige traurige Lohnverhältnisse zu beseitigen, wie sie leider noch in Trier anzutreffen sind.

Wenn ich nun am Schluß meiner Agitationstour angelangt bin, so kann ich mir einige Betrachtungen nicht verkagen. Gewiß war meine Tour nicht sehr lang, aber desto mehr Enttäuschungen habe ich erlebt; aber auch manches Gute wurde wieder geschaffen. Ich habe auf meiner Tour Städte berührt, wo es vielleicht ein Leichtes wäre, die dortigen Kollegen und Kolleginnen unserer Organisation zuzuführen, aber wer soll es machen? In den meisten Orten findet sich niemand, der eine Agitation einleiten würde, wie es notwendig wäre, und wenn welche vorhanden sind, so haben dieselben meistens den guten Willen, aber nicht die nötige Kraft dazu. Deshalb ist es mein sehnlichster Wunsch, daß der nächste Verbandstag Mittel und Wege findet, um Westdeutschland besser zu arbeiten zu können, als es bisher der Fall war.

Frankfurt a. M.

Anton Kalb.

## In eigener Sache.

Die am 29. Juni in Leipzig stattgefundene Mitgliederversammlung befaßte sich unter anderem auch mit die von mir in Nr. 12 der „Solidarität“ gemachten Ausführungen über den Leipziger Lohn- und Spricht in einer daselbst angenommenen Resolution ihr Bedauern aus über die von mir veröffentlichte unbedingte Kritik.

Eine Reihe von Buchstiften nun, die mir aus verschiedenen Zahlstellen nach Veröffentlichung des Leipziger Berichtes zingingen, beweisen mir aufs neue, daß ich mit meiner Ansicht nicht allein stehe, sondern mich in sehr guter Gesellschaft befinde. Wenn die Betreffenden nicht ebenfalls den Raum unserer Zeitung in Anspruch nehmen, um über diese Sache ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, so geschieht dies wohl deshalb, weil der nächste Verbandstag ohnedies dazu Gelegenheit geben wird, den Leipziger Tarif noch näher unter die Lupe zu nehmen.

Auch meiner Ansicht nach wäre die durch Kollegen Schulze hervorgerufene Aufregung der Versammlung nicht nötig gewesen, um in sachlicher Weise die strittige Angelegenheit zu erledigen. Unqualifizierbarer, persönlicher Vorempfindungen, die eventuell die Nichtaufnahme in der „Solidarität“ zur Folge haben, hätte es dabei garnicht bedürft, denn diese Kampfweise überlassen wir doch lieber dem Reichscharfmaacherverband, der darin ohne Zweifel Meister ist.

Warum denn überhaupt die Aufregung? Bestätigt denn nicht gerade Kollege Schulze durch seine Ausführungen in dieser Versammlung, daß die Leipziger Tarifkommission etwas vorläufig gehandelt hat? Mit Recht führt er an, daß Leipzig die Zentrale des Buchhandels und somit auch des graphischen Gewerbes ist, vergißt aber dabei, daß gerade

dieses Symptom das ausschlaggebende ist, um bei einem Tarifabschluß die äußerste Vorsicht abzuwarten zu lassen, wenn nicht die übrigen Orte, die in Leipzig die größte Konkurrenz-Druckstadt erblicken, geschädigt werden sollen. Leipzig ist eben für das graphische Gewerbe die Stadt, auf die sich alle Augen unserer Unternehmer richten, und das pulierende Leben unserer Industrie konzentriert. Aus diesem Grunde auch der energische Widerstand aller graphischen Arbeitgeber anderer Orte, gegen Gewährung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, als solche in Leipzig vorhanden sind. Und weil dies der Fall ist, durchzieht eine gewisse Erbitterung die Reihen unserer deutschen Kollegenschaft, weil man sich nicht ganz mit Unrecht sagt, daß die Leipziger Tarifkommission zu sehr das eigene Ich im Auge gehabt hat, ohne dabei die Wirkung ihres Tarifabschlusses (in der Zentrale des graphischen Gewerbes) auf die übrigen Druckstädte in Betracht zu ziehen. Mit fieberhafter Tätigkeit wurde möglichst schnell der Tarif zum Abschluß gebracht, für die Unternehmer bildete er das Ideal, wie mir und Kollegen Redding der Vorsitzende der Buchdruckereibesitzer in Nürnberg am 27. Mai mit Pathos erklärte. Und nun wunderst dich Kollege Schulze, daß alle nachher stattgefundenen Tarifabschlüsse gegenüber dem Leipziger nur ganz geringe Schwankungen aufweisen. Wunder zu nehmen ist es eigentlich nur, daß uns in Städten, die prozentual sehr schlecht organisiert waren, nicht einfach der Leipziger Tarif aufzotrovert wurde; zum guten Glück für unsere Kollegenschaft ist er doch in den meisten Fällen, wenn auch nicht viel, so doch besser ausgefallen. Es würde zu weit führen, wollte ich jeden einzelnen Fall illustrieren, wo uns der Leipziger Tarif ganz gewaltige Schwierigkeiten bei den Verhandlungen machte und es den eigenen Energie der Kollegen bedurfte, um sich den Leipziger Tarif vom Halse zu halten. Nur eines sei noch erwähnt, worüber Kollege Schulze in dieser Versammlung kein Wort verlor, nämlich wie die Kommission dazu kam, festzusetzen, daß für verschiedene Arbeitergruppen erst nach zweijähriger Tätigkeit in dem betreffenden Zweig der Mindestlohn bezahlt wird. Das verstößt doch gegen die allgemeinen Bestimmungen, und dieser Punkt hat uns gerade in Karlsruhe, Mannheim und Ludwigshafen böse zu schaffen gemacht, zumal auch die Stuttgarter Kollegenschaft diesen Passus aus dem Leipziger Tarif schon mit übernommen hatte. Wenn Kollege Schulze auch hier auf das in Leipzig vorhandene Scharfmaadertum verweisen will, so möge er mir föhlich zu bezeugen gestatten, daß dieses nicht auch in anderen Städten, vielleicht in noch verstärkterem Maße vorhanden ist; wir brauchen deshalb garnicht aus Sachsen hinaus zu gehen und eruche ich ihn, sich diesbezüglich einmal nur in Dresden erkundigen zu wollen. Daß sich die Verhältnisse nicht überall schablonisieren lassen, ist eine Bekehrung, die sich Kollege Schulze, der doch meine Tätigkeit auch etwas kennt, meiner Person gegenüber wohl hätte ersparen können. Wenn er noch glaubt, die Leipziger Sache in ein besseres Licht stellen zu können, indem er den Münchener Tarif mit München als teuerste Stadt in Verbindung bringt; so eruche ich ihn noch zum Schluß, in der von Dr. Jastrow herausgegebenen Statistik nachzusehen, wie weit Leipzig im Preise der Lebensmittel hinter München steht, vielleicht wird er dann mit seinen Ausführungen etwas vorsichtiger. Der übrigen Kollegenschaft möchte ich aber empfehlen, um die Ausführungen in der Leipziger Versammlung richtig zu verstehen, unseren vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarif mit dem neuen zu vergleichen und dabei den Leipziger Tarif mit Revue passieren zu lassen. Mit der Aufregung und der Annahme von Resolutionen ist eben nichts getan, Tatsachen müssen sprechen.

München.

Albert Schmidt.

## Korrespondenzen.

**Berlin I.** Versammlung vom 26. Juni 1907: Vor Eintritt in die Tagesordnung machte die Vorsitzende Mitteilung von dem leider plötzlich und unerwartet erfolgten Ableben der Kollegin Hornmuth, für die lange Jahre hindurch mit ganzer Kraft in den verschiedensten Aemtern tätig war, einen warmen Nachruf widmend. Die Versammlung ehrte das Andenken der Kollegin in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen. Zum ersten Punkt berichtete die Vorsitzende von den letzten Druckerzeierversammlungen, die alle den Tarif und dessen Durchführung zur Grundlage hatten; auch fanden mehrere Agitationsversammlungen statt, in deren Anschluß die Vorsitzende berichtete, daß die Zahl der Mitglieder in der letzten Zeit ganz bedeutend gestiegen ist. Zum 2. Punkt machte sich durch das Ableben der Kollegin Hornmuth, die Vertreterin im Tarifschiedsgericht war, eine Neuwahl erforderlich; die Versammlung wählte die Koll. G. Hanna als solche. Zum 3. Punkt Tarifliches konnte Kollegin Leske mitteilen, daß die Einführung des Tarifes in seiner Hauptsache, die Lohnzulagen fast durchweg glatt von statten gegangen waren, es drehte sich in einzelnen Fällen, da die Verhältnisse oft sehr eigenartig gelagert sind, um Kleinigkeiten, die zu schlichten Aufgäben des Tarifschiedsgerichts sind. Zum 4. Punkt Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises" berichtete Kollegin Leske, daß derselbe vom 1. Juli cr. ab Alte Fabobstr. 5, Hof II, ist, wofür gleichzeitig, allerdings streng getrennt von obigen, die Bureauräume der Zahlstellen I und II sich befinden. In bezug auf die Verwaltung des paritätischen Arbeitsnachweises habe eine Vorstandsitzung beider Berliner Zahlstellen stattgefunden, die dahin einig geworden sei, daß die Aufstellung des Kandidaten der Zahlstelle II überlassen bleibe, da die Kolleginnen zurzeit eine geeignete Persönlichkeit nicht stellen können. Nun habe die Versammlung der Zahlstelle II die Kollegen Mahle und Zädde als Kandidaten aufgestellt, von denen einer per Urabstimmung beider Zahlstellen gewählt werden soll. In einer lebhaften Diskussion für und gegen obige Kandidaten beantragte Kollegin Müller die Einberufung einer kombinierten Versammlung beider Zahlstellen, um in dieser die Kandidaten aufzustellen, welcher Antrag von der Versammlung abgelehnt wurde, dagegen sich mit der Aufstellung obiger Kandidaten einverstanden erklärte.

**Berlin III.** Öffentliche Versammlung vom 1. Juli. Kollege Kust eröffnete um 9 Uhr die ziemlich gutbesuchte Versammlung. Kollegin Thiede hielt ein Referat über „Tarifabschlüsse und wie können wir solche im Steinbrudgewerbe erreichen?". Die Referentin gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung unserer Organisation, und schilderte den Anfang der Tarifbewegungen im Buchdruckergerber. In kurzen Worten schilderte die Kollegin Thiede, was für Kämpfe im Buchdruckergerber zu führen waren, um nach vielen Jahren einen Tarif zu erreichen, womit die Kollegen und Kolleginnen aller Orte zufrieden sein können, da in denselben nur allgemeine Bestimmungen vereinbart sind und Lohnverhältnisse örtlich geregelt werden. Rednerin führte noch an, daß im Steinbrudgewerbe noch die Prämien und Ueberstundenarbeit am Plage ist und es die erste Pflicht der Kollegenschaft sein muß, dies aus der Welt zu schaffen, was ja noch viel Mühe und Arbeit machen wird, da die Steinbruder zum Teil das als Lohnverhöhung ansehen und wir somit für die Abschaffung dieser Zustände wenig Entgegenkommen bei ihnen finden, was uns aber nicht abhalten darf, in diesem Sinne für unsere Kollegenschaft zu arbeiten. Referentin ermahnte als dann alle Anwesenden, fleißig mit zu agitieren, damit auch bald für die Kollegenschaft im Steinbrudgewerbe ein Tarif geschaffen werden kann, bis dahin aber den Klein-Krieg in den Einzelbetrieben zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse weiter zu führen. Reicher Beifall lobte die Referentin für ihre vorzüglichen Ausführungen. An der Diskussion beteiligte sich nur der Kollege Grimm, welcher im Sinne der Referentin sprach. Da sich keine weiteren Redner meldeten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im „Englischen Garten" tagende öffentliche Versammlung ist mit den Ausführungen der Referentin einverstanden und hält auch in Zukunft die Meinarbeit durch Druckerzeierversammlungen für die beste Agitation. Die Kollegenschaft ist bereit, ebenfalls dieselbe Verbesserung der Lohnverhältnisse durchzuführen, wie es im Buchdruckergerber durch Tarifabschlüsse möglich war; denn die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten sind bei den jetzigen Löhnen nur mit äußerster Entbehrung möglich und ein Vergleich der Verhältnisse wird daher als bringende Notwendigkeit anerkannt, der nur durch eine gute Organisation möglich ist.“ Kollege Kust ermahnte zum Schluß die Anwesenden, im Sinne der Resolution zu handeln und alles daran zu setzen, um unsere Zahlstelle groß und kräftig zu

erhalten. Alsdann schloß er mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle III die Versammlung. U. D.

**Bremen.** Versammlung vom 9. Juni 1907. Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen war, hielt Kollege Schab einen Vortrag, und führte in kurzen Zügen etwa folgendes aus: Die gewerkschaftliche Bewegung, die schon seit den fünfziger Jahren datiert, habe sich leider in drei Hauptgruppen zerplittert. Es seien dieses die freien Gewerkschaften, die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften. Während die freien Gewerkschaften in politischer und religiöser Hinsicht Neutralität üben, seien die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet, den bürgerlichen Parteien und dem Zentrum Vorstandsämter zu leisten. Die freien Gewerkschaften verkleinern freilich nicht in bewusster Weise das Bild ihrer Mitglieder, um sie der für die Arbeiterbewegung einzig richtig eintretenden sozialdemokratischen Partei abwendig zu machen. Redner erläuterte die Grundausfassung dieser drei Gruppen zum Verhältnis von Arbeit und Kapital und gibt ein Bild von der Stärke derselben, die deutlich erkennen läßt, daß den freien Gewerkschaften das Feld gehöre. Im Norden Deutschlands suchen jetzt die christlichen Gewerkschaften Fuß zu fassen, nachdem sie in ihrer Domäne Rheinland und Westfalen immer mehr an Einfluß verlieren. Die Mittel, deren sich die Christlichen hierzu bedienen, seien die denkbar schmutzigsten. Augenblicklich könne man dieses in Bremen beim Streik der Holzträger beobachten. Redner gibt nun ein Bild von den hier in Bremen tätigen christlichen Arbeitswilligen und endete seinen Vortrag mit der Aufforderung, auf diese Leute ein wachames Auge zu haben. Dem Redner wurde reicher Beifall zuteil. Nun werden zur Wahl des Schiedsgerichts von dem Vorstand die Kolleginnen Wof, Rosenbrock und Kollege Dohrd als Schiedsgerichtsmitglieder, und Kollegin Rohde und Kollege Schwiering als Vertreter in Vorschlag gebracht. Dieses wurde von der Versammlung gebilligt und angenommen. Eine sehr erregte Debatte findet über die Bestellung der Arbeitersekretariatsberichte statt, die damit endet, daß ein Antrag des Kollegen Schab angenommen wird, der besagt, daß vorläufig 25 Stüd bestellt werden sollen. Mit einer Aufforderung der Kollegen zur zahlreicheren Beteiligung an dem Gewerkschaftsfestzug schloß der Vorsitzende die Versammlung. U. D.

**Dresden.** Im Volkshaus fand am 11. Juli eine öffentliche Versammlung statt. Der Besuch war des ungünstigen Wetters wegen ein recht schlechter. Der Vortrag der Kollegin Heidemann wurde deshalb auf eine später Versammlung vertagt. Unter Punkt „Gewerkschaftliches" bepricht Kollegin Heidemann den kommenden Arbeitsnachweis, der von der Kreishauptmannschaft Dresden geschaffen werden soll. Am 4. Juli fand zu diesem Zweck eine Besprechung statt, die von allen Interessenten zahlreich besucht war. Herr Kreishauptmann Dr. Rumpelt gab Bericht über die vom Ministerium des Innern herausgegebenen Unterlagen für die Schaffung gemeinsamer, auf paritätischer Grundlage beruhenden Arbeitsnachweise; er wies dabei auf die Erfolge hin, die in süddeutschen Staaten mit derartigen Einrichtungen erzielt worden sind. Auch anwesende Vertreter der Arbeiterbewegung und die Kollegin Heidemann selbst sagten in ihren Ausführungen bereitwillig ihre Unterstützung zu. Dem vorbereitenden Arbeitsnachweis gehören Mitglieder der verschiedensten Korporationen an; vom Gewerkschaftsartell sind die Genossen W. Lud, B. Pieper und die Kollegin Heidemann gewählt. Kollege Hermann bemängelt die Schattenseiten des Innungsnachweises, die kein Mittel unberührt lassen, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Die Kollegen und die Kolleginnen müssen den Innungsnachweis meiden, unseren aber nach jeder Hinsicht unterstützen und stärken. Kollege Krumpelt erwähnt, daß sich der Innungsnachweis bei unserer letzten Lohnbewegung als Streiftreckerbureau etabliert hat und noch heute das schwarze Listen-System existiert. Nachdem noch einige Fragen erledigt waren, trat Schluß der Versammlung ein. — Besseren Besuchs wies die Versammlung am 16. Juli auf, die bei Adams tagte. Kollegin Heidemann referierte über: „Freunde und Feinde der Arbeiterbewegung“. Referentin ließ die Arbeiterbewegung Revue passieren und kam dann auf die gegenwärtige Lage zu sprechen. Sie schilderte dann in längerer die einzelnen Gewerkschaften: die Christlich-Dunderschen, die christlichen, die protestantischen, und in letzter Linie die seit Pfingsten bestehenden gelben Gewerkschaften. Alle verwerfen die Arbeitseinstellung, ohne die die Unternehmer wohl nichts bewilligen. Es sind Organisationen, wo die Unternehmer dahinterstecken und uns prinzipiell zu bekämpfen versuchen. Aber auch die unorganisierten Arbeiter

sind unsere Feinde, da sie sich immer wieder als Hilfsstruppen der Unternehmer entpuppen. Diese Spaltungen und Zersplitterungsbedürfnisse innerhalb der Arbeiterbewegung sind eine große Schwächung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, der entscheidenden entgegengetreten werden muß. Spaltungen und Zerhebungen nützen bloß den Unternehmern! Deshalb ist es eine Lebensnotwendigkeit eines jeden Arbeiters, daß er einer Gewerkschaft beitrete. Wir erstreben: Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, menschenwürdigere Zustände im Betriebe, und kämpfen gegen Herabsetzung des Lohnes, gegen Verlängerung der Arbeitszeit, kurz: gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Und alle diejenigen, die uns in dieser Hinsicht unterstützen und die Gewerkschaftsbewegung mit fördern helfen, sind unsere Freunde. Erinnern wir uns an die Worte, die Marx einst niedergeschrieben hat: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Und jeder mag helfen, sie zu verwirklichen. Der Beifall, der der Referentin gesollt wurde, bewies, daß sie im Sinne der Anwesenden gesprochen hatte. Unter „Gewerkschaftlichem" kritisierte Kollege Hermann die Dresdener Buchdruckerinnung, welche bei der Lohnbewegung fortwährend betont hat, daß die allgemeinen Bestimmungen, die zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und unserem Verband vereinbart worden sind, gar nicht in Betracht kommen können, da sie nicht Mitglied des Deutschen Buchdrucker-Vereins sei; trotzdem hat sie aber Delegierte nach der Generalversammlung, die letzthin in Magdeburg tagte, geschickt. Öffentlich sind sie von dort mit anderen, weniger vernünftigen Anschauungen zurückgekehrt. Es wurden dann noch Mißstände, die bei der Firma Hermann Schönfeld („Deutsche Freie Presse" Organ für berechnete Arbeiter-Interessen) herrschen, zur Sprache gebracht, die nunmehr zur beiderseitigen Zufriedenheit geschlichtet sind. Nach kurzer Diskussion wurde hierauf die Versammlung geschlossen. W. B.-I.

**Essen a. Ruhr.** Nachdem Kollege Schmid-München im November vorigen Jahres hier in einer öffentlichen Versammlung referierte, hatte sich ein kleiner Stamm Kollegen gebildet, welche treu und fest zusammenhielten und sich vor allen Dingen nicht entmutigen ließen. Trotz der fortwährenden Agitation wollte es doch nicht so recht vorwärts gehen. Die geringe Mitgliederzahl ließ die Gründung einer Zahlstelle nicht zu. Am Sonntag, den 14. d. M., fand wiederum eine Versammlung statt, welche allerdings nicht gut besucht war, aber es waren doch eine Anzahl indifferente Kollegen und Kolleginnen, welche sich für unsere Sache interessierten. Der Vorsitzende eröffnete gegen 11½ Uhr die Versammlung und ließ die Anwesenden willkommen. Hierauf erhielt Kollege D. Carst das Wort zu seinem Vortrage: „Die Entstehung und Entwicklung der D. Gewerkschaften". Redner verstand es in bekannter Weise, die Zuhörer zu fesseln. In kurzer, aber leicht verständlicher Weise erläuterte er die Entstehung und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. Der Beifall, welcher dem Redner gesollt wurde, bewies, daß er den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte. Hierauf nahm Kollege Michel das Wort, indem er des näheren auf die mißlichen Verhältnisse in unserem Berufe hier am Ort einging. In scharfen und treffenden Worten geißelte er die Lausheit der hiesigen Kollegenschaft, indem sie es nicht für nötig hält, unsere Versammlungen zu besuchen, viel weniger noch der Organisation beizutreten. Seine Worte mögen wohl manchem Indifferenten zu schatz erschienen sein, aber verschiedene kamen doch zu der Erkenntnis, daß nur durch Anschluß an unseren Verband die Verhältnisse am Ort gebessert werden können. Nachdem die Agitation am Orte noch mal eingehend behandelt wurde, konnte die Aufnahme fünf neuer Mitglieder erfolgen, und zwar waren es ein Kollege und vier Kolleginnen. Der Vorsitzende ließ dieselben in unseren Reihen herzlich willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es auch treue, tatkräftige Mitglieder sein mögen. Nachdem unsere Mitgliederzahl nunmehr auf 13 angewachsen ist, wurde einstimmig die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. In der nächsten Versammlung soll die Vorstandswahl vorgenommen werden. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation sowie die junge Zahlstelle Essen a. R. schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Vier Essener Kollegen und Kolleginnen, es ist jetzt an der Zeit, kräftig und nachdrücklich mit der Agitation einzuleben, sorgt dafür, daß unsere Zahl sich in kurzer Zeit verdoppelt. Vor allen Dingen wünschen wir von den Kolleginnen, daß sie treu zur Fahne halten und unablässig agitieren. Kollegialität wollen wir pflegen, durch interessante Vorträge uns bilden und bei geeigneter Zeit unsere finanzielle Lage verbessern, indem auch wir Forderungen an unsere Prinzipale stellen. In unserer nächsten Versammlung wird wieder ein Vortrag gehalten werden. Außerdem soll auch das Vergnügen zu

seinem Rechte kommen, und findet zu diesem Zwecke nach der Versammlung ein Danzkränzchen statt. Darum, Kollegen und Kolleginnen, sorgt dafür, daß diese Versammlung recht gut besucht wird, agitiert und werbt für den Verband, getreu dem Wahlspruch: Einigkeit macht stark!" W. W.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung vom 27. Juni 1907. Der am 6. Juni erfolgte Tod des Kollegen Walter wird in inblicher Weise geehrt. Mit dem Schlußbericht der Lohnkommission, welchen Koll. Nordmann gibt, hat die Tarifbewegung hier am Orte ihr endgültiges Ende erreicht. Nebst einigen redaktionellen Veränderungen sind dann auch die Löhne der Ziegelanlegerinnen, die bei der Tarifierung umgangen worden, geregelt. Ebenfalls wurde die Arbeitsnachweisfrage dahingehend geregelt, daß beide zwar bestehen, sowohl unser als auch der Innungsnachweis, unter gegenseitiger Kontrolle und mit gegenseitigem Austausch der Arbeitslosen. Die Mitgenehmigung des Tarifs durch die Innung als mit abschließende Partei erfolgte am 3. Juli, so daß am 6. Juli in der Verrentenmänner-Zusammenkunft mit der Verteilung der gedruckten Tarife begonnen werden könne. Binnau spricht im Namen der Versammlung der Lohnkommission für ihre arbeitsreiche Tätigkeit seinen Dank aus und erachtet, die Vorschlagsliste für die Wahl der Mitglieder zum Schiedsgericht ohne Veränderung anzunehmen. Gewählt werden Glarner, Rüdner, Reese, Lohse, Frau Dübe und Nordmann als Vertreter der Organisation. Dann macht Koll. Glarner auf unsere am 14. Juli stattfindende Dampferfahrt mit dem Salondampfer „Gutenberg“ nach der Rüste aufmerksam, zu der noch einige Mitglieder zur Verstärkung des Festkomitees gewählt werden. Gemäß den in den Vorjahren gemachten Erfahrungen, daß die Versammlungen in den Sommermonaten stets schwach besucht sind, wird beschlossen, für die Monate Juli und August die Versammlungen ausfallen zu lassen. Auf eine Anfrage, warum der Versammlungsbericht vom 23. Mai in der Solidarität nicht aufgenommen sei, gibt Kollege Stoydas Auskunft, worauf Kollege Glarner verspricht, daß der Vorstand dafür Sorge tragen wird, daß in Zukunft Derartiges unterbleibt. Hierauf erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

**Kaufbeuren.** Am 13. Juli fand im Gasthaus „Zum Rammkeller“ eine gut besuchte Versammlung der Hilfsarbeiterschaft der Kaufbeurer Kunstanstalt statt, in der der Gauleiter Albert Schmid, auf Wunsch der Zahlstelle, das Referat übernahm. Kollege Schmid führte aus, daß er den Wunsch der Kaufbeurer Kollegen und Kolleginnen, der darauf abzielt, daß nun in eine Lohnbewegung zur Herbeiführung eines Tarifs eingetreten werden soll, sehr gut begreife, da ja die Lohnverhältnisse sich tatsächlich zur wirtschaftlichen Katastrophe ausgewachsen haben. Er geißelte in scharfen Worten das Ausbeutungssystem dieser noblen Firma, die sich nicht schäme, volljährige männliche Arbeiter mit einem Lohn von 14, 15 und 16 M. abzupfeifen, ganz abgesehen von den geradezu haarträubenden Bagatelllöhnen der Frauen und Mädchen. Mißstände, die früher schon in der „Solidarität“ besprochen wurden, sind heute noch an der Tagesordnung, und einen wesentlichen Teil der Schuld an diesem Zustand tragen diejenigen, welche in unverantwortlicher Weise dem Verband wieder den Rücken lehrten. Wenn die bessere Einsicht nun wieder Blatz gegriffen habe, daß doch nur durch den Verband eine Besserstellung der jetzigen Verhältnisse möglich sei, so mögen sich es nun alle zur Lehre dienen lassen, und nicht wieder durch Fahnenflucht die Interessen der Gesamtorganschaft schädigen. Redner hält den jetzigen Zeitpunkt für eine Lohnbewegung für günstig, da die Steinbrüder und Lithographen ihren Tarif, der am 1. Oktober dieses Jahres abläuft, gekündigt haben und die Buchbinder ebenfalls die Herbeiführung eines Tarifes in die Wege geleitet haben. Durch das gemeinsame solidarische Vorgehen des Gesamtpersonals sei ein Erfolg am ehesten zu erwarten. Grundbedingung bleibe selbstverständlich nach wie vor, daß sich jedes einzelne Mitglied nun seiner Pflicht bewußt ist und durch unablässige Agitation die noch Fernstehenden zum Verband zu gewinnen sucht. Die Disziplin gestalte sich sehr lebhaft und deckten sich die Ausführungen der einzelnen Redner mit der Ansicht des Referenten. — Sonntag, den 14. Juli, vormittags 10 Uhr, fand dann eine kombinierte Verwaltungssitzung statt, in der außer unserem Kollegen Schmid-München noch der Gauleiter der Lithographen und Steinbrüder, Kollege Wassermann, und der Gauleiter der Buchbinder, Kollege Klüber, beide ebenfalls aus München, anwesend waren. In sachlicher Weise wurde die Taktik des gemeinsamen Vorgehens gegen die Firma besprochen, und zum Schluß wurden die drei Gauleiter beauftragt, innerhalb 14 Tagen einen gemeinsamen Tarif auszuarbeiten, der dann in den ein-

zelnen Spartenversammlungen beraten und in einer Allgemeinversammlung des Gesamtpersonals zur eventuellen Annahme gelangen soll.

## Rundschau.

### An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Verband der Tabakarbeiter steht sich veranlaßt, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in den Kämpfen, die er um Verbesserung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter zu führen genötigt ist, in Anspruch zu nehmen.

Seit der Aussperrung der 4000 Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen im Juni 1905, in Dresden, hat der Verband ununterbrochen Kämpfe zu führen und Angriffe der Unternehmer abzuwehren gehabt. Die Zigarettensteuer wurde vielfach von den Unternehmern bemut, die ohnehin erbärmlichen Löhne der Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie noch weiter herabzudrücken. Die Folgezeitung, die eine Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel zur Folge hatte, traf die Arbeiter der Tabakindustrie weit härter noch, als die übrige Arbeiterschaft, weil in dieser Industrie die Löhne am niedrigsten sind und infolge der Hausindustrie und des Verlegens der Tabakfabriken auf das flache Land die Widerstandskraft der Arbeiter nur sehr gering ist.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes verlegt nun, um weite Schichten der Arbeiterschaft der Tabakindustrie vor vollständiger Degeneration zu bewahren, in den Bezirken, in welchen die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, eine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Aber nicht nur, daß jeder Pfennig Lohn-erhöhung durch langandauernde Streiks erkämpft werden mußte, wodurch die finanziellen Mittel des Verbandes auf das äußerste in Anspruch genommen wurden, suchten die Unternehmer das Drängen der Tabakarbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein durch Aussperrungen abzuwehren. So sind seit fünf Wochen 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Sieben ausgesperrt und verlangen die Unternehmer nichts geringeres, als den Austritt der Aussperrten aus den Verband der Tabakarbeiter, Preisgabe der Organisation, welche allein in der Lage ist, den ungeheuren Schäden, den die Folgezeitung der Arbeiterschaft der Tabakindustrie gebracht hat, einigermaßen herabzumindern, verlangt das Unternehmertum.

Neben dieser Aussperrung hat der Verband noch in 15 Orten Kämpfe zu führen und ist das Verlangen des Vorstandes, hierbei von der gesamten organisierten Arbeiterschaft unterstützt zu werden, deshalb durchaus berechtigt.

Nachdem die Mehrheit der Vorstände der Zentralverbände der Ausschreibung einer Sammlung zugestimmt hat, richten wir an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der im Kampfe befindlichen Tabakarbeiter leisten zu wollen.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden, und bitten wir, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

Adresse: S. Rube, Berlin S. O. 16, Engelsufer 15 IV. Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

### Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Berlin, 11. Juli 1907.

Sammellisten werden von der Generalkommission nicht ausgegeben. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen gemäß den für die einzelnen Organisationen getroffenen Bestimmungen zu organisieren und wo dies notwendig ist, selbst Sammellisten herauszugeben.

Der fünfte internationale Buchdruckerkongress trat am 9. Juni zu seiner alle drei Jahre stattfindenden Tagung zusammen. Die Buchdrucker waren die erste gewerkschaftliche Organisation, die sich zu einem internationalen Verbande zusammenschlossen. Schon im Jahre 1889 tagte in Paris der erste internationale Buchdruckerkongress, der die Gründung eines internationalen Verbandes beschloß. Es wurde das von Francois Martin herausgegebene Monatsblatt „Der internationale Buchdruckerverband“ zum Verbandsorgan ernannt. Der schweizerische Typographenbund, der in Basel schon damals seine eigene Buchdruckerzeitung besaß, übernahm erst den Druck des in deutscher und französischer Sprache erscheinenden Monatsblattes, und mußte auch später den Verlag übernehmen. Aber schon im Oktober 1891 mußte die Herausgabe des internationalen Bindemittels aufgegeben werden, denn es konnte nicht den Anforderungen genügen, und der in

Deutschland tobende Kampf um den Neumundentag gab dem Blatt den Todesstoß, da die Auflage nicht mehr verkauft wurde. Außerdem hatte auch jener Fr. Martin das ihm geschenkte Vertrauen schwer mißbraucht, so daß der Buchdrucker des schweizerischen Typographenbundes ein ansehnliches „Andenken“ von einigen Tausend Mark verblieb.

Diese unangenehmen Erfahrungen hinderten aber den schweizerischen Typographenbund nicht, noch weiter die Geschäftsführung zu behalten, um die junge, noch sehr lose Organisation am Leben zu erhalten. Im Jahre 1892 fand dann der zweite internationale Buchdruckerkongress in Bern statt, der von der definitiven Gründung des Verbandes aus Rücksicht auf die Gebräuche der einzelnen Länder abwich, dafür aber dem schweizerischen Typographenbund Auftrag gab, ein ständiges Sekretariat ins Leben zu rufen.

Am 29. September 1893 wurde dann Genosse G. Reimann in Biel, der jetzige Stadtmann (Bürgermeister) dieser Stadt, als erster internationaler Buchdruckersekretär gewählt. Er blieb auf diesem Posten bis zu seiner 1896 erfolgten Wahl zum Abjunkten für das schweizerische Sekretariat. An seine Stelle trat dann Genosse Friedrich Siebenmann, der am 1. Mai 1896 diese Stelle antrat und bis zu seinem Tode am 8. Februar 1901 ausfüllte. Bis zur Wahl des Nachfolgers wurden die Arbeiten von einer in Bern eingesetzten Aufsichtskommission besorgt und seit Neujahr 1902 bekleidet dieses Amt Genosse Pierre Stautner. Das Sekretariat hat seinen Sitz von Anfang an in Bern.

Es fanden nachher noch zwei internationale Buchdruckerkongresse im August 1896 in Genf und im gleichen Monat im Jahre 1901 in Luzern statt. So interessant die Verhandlungen und Beschlüsse dieser Kongresse im allgemeinen wären, müssen wir uns ein Eingehen darauf mit Rücksicht auf den Raum versagen. Auf dem zweiten Kongress in Bern war der wichtige Beschluß der Beitragszahlung pro Mitglied der dem Sekretariat angeschlossenen Verbände gefaßt worden, und damit begann nun eigentlich erst die Wirksamkeit: dem schweizerischen Typographenbund konnten nun auch die nicht geringen Kosten für die Vorarbeiten zurückerzogen werden.

Die Haupttätigkeit des internationalen Buchdruckersekretärs erstreckt sich natürlich auf die gegenseitige Verständigung unter den Verbänden bei Lohnbewegungen und die Gegenseitigkeit für aus einem in ein anderes Verbandsgebiet gelangende Mitglieder. Bei der großen Verschiedenartigkeit der einzelnen Organisationen ist es natürlich oft gar schwer, wenn noch die Sprachverschiedenheiten berücksichtigt werden, eine Einigung zu erzielen. Immerhin ist es gelungen, im Jahre 1899 regelrechte Gegenseitigkeitsverträge zwischen den einzelnen Verbänden abzuschließen, die das Verhältnis der Verbände zueinander und die Rechte und Pflichten der Mitglieder gegenseitiger Verbände regeln. Damit war der Boden geebnet und das Sekretariat kann nun zum Wohle und Nutzen der internationalen Buchdruckerwelt und damit auch der Gesamtarbeiterschaft weiterarbeiten und mit Hilfe der starken Verbände den noch schwachen Organisationen aufhelfen. Es ist auch jetzt noch ein schweres Stück Arbeit, die noch immer sehr ungleichen Verhältnisse auf organisatorischem oder tariflichem Gebiete oder im Unterstützungsweien möglichst unter einen Hut zu bringen.

Um noch einen Ueberblick über die Bedeutung dieser internationalen Vereinigung zu geben, mögen noch zum Schluß die Länder folgen, deren Buchdruckerorganisationen zurzeit dem internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossen sind. Es sind dies: Deutschland, Oesterreich, Schweiz (deutsch, romanisch, tessinisch), Ungarn, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Italien, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Außerdem sind noch eine Anzahl von Verbänden in Unterhandlungen wegen des Anschlusses oder reorganisieren sich zurzeit zu diesem Zweck. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen werden wir in nächster Nummer berichten.

## Literatur.

Paul Hirsch: Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Zweite, völlig umgeänderte und vermehrte Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Broschiert 2 M., gebunden 2,50 M.

Die Schrift von Paul Hirsch über Verbrechen und Prostitution ist soeben in zweiter Auflage erschienen. Schon der äußere Umfang — die Vermehrung um mehr als das Doppelte — beweist, daß die Schrift vollständig umgeändert ist. Jedes einzelne Kapitel ist sorgfältig durchgearbeitet worden, eine Reihe von Abschnitten, z. B. der über den Zusammenhang zwischen Prostitution und Verbrechen einerseits, Alkoholismus andererseits, sind neu hinzugefügt.

